Sachdokumentation:

Signatur: DS 973

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/973

Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Schule befreien, Eltern verpflichten, Kinder fördern

Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen eines Landes. Sie leistet einen entscheidenden Beitrag zur Erlangung persönlicher Freiheit und Reifung der Menschen zu eigenverantwortlichen Individuen, die sich der Gesellschaft gegenüber verpflichtet fühlen. Die CVP ist stolz auf das Bildungssystem und die Bildungsqualität in unserem Land. Trotzdem dürfen wir uns auf dem Erreichten nicht ausruhen. Die demographische Entwicklung, die Dringlichkeit von Integrationsmassnahmen, die Globalisierung, die digitale Transformation, die Probleme der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Tatsache, dass Lernen nicht mit der Schule endet, stellen grosse und wichtige Herausforderungen dar. Unser Land kann sich diesen Herausforderungen nicht entziehen und nur gemeinsam können sie bewältigt werden. Schülerinnen und Schüler, Lernende, Studentinnen und Studenten, Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Schulen, Verbände, Wirtschaft und Politik sind gleichermassen gefordert.
Vor diesem Hintergrund und mit dem Ziel, den qualitativ hochstehenden und international wettbewerbsfähigen Bildungsraum Schweiz weiter zu stärken, fordert die CVP folgende Massnahmen:

1. Sozialkompetenzen: Eltern in die Pflicht nehmen

Kinder mit erhöhtem Betreuungsbedarf stellen für die Lehrpersonen, die Klassen und die Schulen eine grosse Herausforderung dar. Die CVP will die Eltern, respektive die Erziehungsberechtigten, in die Pflicht nehmen, hier ihre Aufgabe wahrzunehmen und ihren Kindern Sozialkompetenzen wie Respekt, Toleranz und Teamfähigkeit mitzugeben. Und das soll auch eingefordert werden. Die Schule hat im Erziehungsbereich eine subsidiäre Aufgabe, ihr Kernauftrag ist das Vermitteln von Bildung. Die CVP unterstützt starke Schulleitungen; sie entlasten kompetente Lehrpersonen bei ihren Entscheidungen – auch gegen Druckversuche von Seiten der Eltern.

2. Keine Sparmassnahmen zu Lasten des Unterrichts

Sparmassnahmen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden dürfen den Kernauftrag der Schule, den Unterricht, nicht tangieren. In den letzten Jahren war die Tendenz jedoch dahingehend, dass vor allem der Verwaltungsapparat gewachsen ist und der bürokratische Aufwand der Schulen zugenommen hat. Der stetige Anstieg des Evaluierens, des Akkreditierens und des Feedbackeinholens führt zu einer immer höheren zeitlichen Belastung der Lehrpersonen. Diese Arbeit muss effizienter gemacht werden müssen. Die CVP steht zu einer gezielten Evaluation unseres Bildungswesens. Diese Überprüfungen sollen sich aber auf die wesentlichen Punkte beschränken. Damit können Kosten gesenkt, Leerläufe verhindert und Lehrpersonen entlastet werden. Schlanke und effiziente Führungsstrukturen dienen dem Kerngeschäft, dem Unterricht.
Schulen brauchen mehr Autonomie, ohne dass alle Entscheidungen und Verwaltungsmassnahmen bewilligt, dokumentiert und evaluiert werden müssen. Was an den Schulen geleistet und entschieden werden kann, soll auch dort verantwortet werden.

3. Frühförderung fremdsprachiger Kinder

Um die Bildungsverläufe positiv zu beeinflussen, ist es wichtig, dass alle Eltern ab Geburt ihrer Kinder viel mit diesen in ihrer Muttersprache kommunizieren. Fremdsprachige Kinder sollten möglichst früh mit der Landessprache in Kontakt kommen. Die Eltern fremdsprachiger Kinder sollen verpflichtet werden können, dafür zu sorgen, dass ihr Kind bei Kindergartenantritt einer Landessprache mächtig ist. Die CVP befürwortet Angebote im Bereich der Frühförderung.

4. Keine flächendeckende integrative Förderung

Die integrative Förderung bewährt sich nicht für alle Kinder. Diese Zusatzbelastung für die Lehrperson kann zu Überforderung und Qualitätseinbussen führen, unter denen alle Kinder leiden. Aus diesem Grund fordert die CVP, dass das Modell der integrativen Förderung grundlegend kritisch analysiert und hinterfragt wird. Für Kinder, die auf eine engere Unterstützung angewiesen sind, und Verhaltensauffällige, die in der Regelklasse nur ungenügend beschult werden können, müssen weiterhin Spezialklassen geführt werden können. Für Kinder mit überdurchschnittlichen Fähigkeiten braucht es eine echte Begabtenförderung.

5. Von der Schweizer Sprachenvielfalt profitieren

Die Schweiz ist ein mehrsprachiges Land. Wir müssen unsere natürlichen Ressourcen besser nutzen. PH-Studierende sollen mindestens ein Semester an einer anderssprachigen Lehrerausbildungsstätte studieren und Praktika in ebensolchen Kindergärten und Primarschulen absolvieren.

6. Permanente Anpassung der Berufsbilder

Digitalisierung und technologische Entwicklungen verändern den Arbeitsmarkt. Die Berufsbildung muss rasch auf den Wandel reagieren und laufend Inhalte und Lehrmethoden anpassen. Heute existieren über 230 anerkannte Berufsbilder. Die grosse Auswahl und die teilweise geringe Nachfrage verteuern insbesondere das Angebot an den Berufsfachschulen. In Zukunft müssen Synergien in den Ausbildungen viel stärker genutzt werden. Nur so kann das Angebot an den Berufsfachschulen effizient ausgestaltet werden.
Eine sich rasant veränderte Berufswelt braucht eine permanente, den Bedürfnissen der Wirtschaft angepasste Veränderung der Berufsbilder. Wer heute eine berufliche Grundbildung absolviert hat, dem stehen viele Entwicklungsmöglichkeiten offen. Spezialisierungen im Rahmen der Vorbereitung auf eine anspruchsvolle Fach- oder Führungsfunktion sollen im Rahmen der höheren Berufsbildung erfolgen. Diese Abschlüsse müssen entakademisiert und nach den Bedürfnissen der Wirtschaft ausgerichtet werden.

7. Das Gymnasium soll mehr Wettbewerb erfahren

Obwohl das Bundesamt für Statistik Daten zum späteren Studienerfolg der Absolventinnen und Absolventen der einzelnen Gymnasien erhebt, werden diese nicht publiziert. Zum Zweck der Qualitätsverbesserung sollen diese Daten wieder veröffentlicht werden.

8. Förderung von Quereinsteigern im Lehrerberuf

Der Einstieg in den Lehrerberuf von Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern mit mehreren Jahren Arbeitserfahrung wird befürwortet und deren bisher erworbenen Kompetenzen werden anerkannt. Dadurch erhalten Schulen Inputs und frischen Wind von aussen und können den kommenden Lehrermangel abfedern.

9. Regelmässige Praktika für Lehrpersonen auf allen Stufen

Lehrpersonen sollen regelmässig Praktika absolvieren, um in der Wirtschaft Arbeitserfahrungen zu sammeln. Diese Horizonterweiterung bereichert ihre Lehrtätigkeit. Solche Praktika sollen dann auch teilweise als Weiterbildung angerechnet werden können. So erfahren sie, wie andere Branchen funktionieren.

10. Lehrerausbildung und Digitalisierung

Die Anforderungen an Lehrpersonen unterliegen einem steten Wandel. Dem muss die Lehrerausbildung Rechnung tragen. Im Zentrum der Lehrerausbildung steht die Fähigkeit zur Vermittlung der Grundkompetenzen im Lesen, Schreiben und Rechnen. Vermehrt soll auch der Umgang mit den digitalen Medien Einzug in die Lehrerausbildung finden. Damit der Unterricht unserer Schüler erfolgreich ist, muss sich die Fachdidaktik der einzelnen Fächer an den neuesten Erkenntnissen der Entwicklungspsychologie und insbesondere der Hirn- und Lernforschung orientieren. Amtierende Lehrpersonen müssen gezielt weitergebildet werden.

11. Digitalisierung unserer Schulen

Die digitale Entwicklung schreitet in atemberaubendem Tempo voran. In wenigen Jahren veralten die neusten Technologien. Was einem 5-jährigen Kind beim Eintritt ins Schulsystem im digitalen Bereich geboten werden kann, wird mit allerhöchster Wahrscheinlichkeit elf Jahre später – also am Ende der obligatorischen Schulzeit – veraltet sein. Aus diesem Grund ist es der CVP ein wichtiges Anliegen, dass man die Ressourcen im IT-Bereich wohlüberlegt einsetzt. Vor allem Oberstufenklassen sollen laufend mit der neuesten Technik und einem flächendeckenden, leistungsfähigen W-LAN ausgerüstet werden. Im Umgang mit der aktuellen Software sollen alle Oberstufenschüler instruiert werden; für Interessierte sollen auch Kurse zu aktuellen Programmiersprachen angeboten werden. Damit können unsere Jugendlichen optimal auf die digitale Welt vorbereitet werden, die sie am Ende der obligatorischen Schulzeit antreffen.

12. Digitalisierung erfordert lebenslanges Lernen

Mit der Digitalisierung verändert sich die Arbeitswelt rasant. Gemäss neuester Studien gehen in den nächsten Jahren Tausende von Arbeitsplätzen verloren, gleichzeitig werden neue entstehen. Dies erfordert nicht nur vom Arbeitgeber, sondern auch vom Arbeitnehmer hohe Flexibilität und Offenheit. Permanente Weiterbildung ist zwingend und muss als Chance betrachtet werden. Die Kosten der Umschulungen sollen unter Beteiligung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werden.

13. Profile der drei Hochschultypen stärken

Die tertiäre Bildung gliedert sich in der Schweiz in drei Hochschultypen. Fachhochschulen bilden Fachleute in Bereichen wie Gesundheit, Soziale Arbeit, Musik, Design und Kunst, Technik und Architektur, Wirtschaft aus und betreiben praxisnahe Forschung. Pädagogische Hochschulen und das eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB bilden Lehrerinnen und Lehrer, bzw. Berufsbildungsverantwortliche aus. Von diesen zu unterscheiden sind die Universitären Hochschulen, die sich der Lehre in den traditionellen akademischen Disziplinen widmen und wissenschaftliche Forschung und vor allem Grundlagenforschung betreiben. Diese drei Hochschultypen müssen ihr jeweiliges Profil und ihren jeweiligen Zweck aufrechterhalten und sollen nicht das System der anderen Hochschule übernehmen. Die Promotion soll auch künftig nur an den Universitären Hochschulen möglich sein. Herausragende FH-Absolventinnen und – Absolventen sollen aber ein Doktorat an einer Universitären Hochschule unter vertretbaren Bedingungen erwerben können.